

5.1 Fristen zur Fertigstellung des Vorhabens:

Der Vorhabenträger verpflichtet sich, das Vorhaben innerhalb einer Frist von fünf Jahren ab Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses fertigzustellen. Zeitpunkt der Fertigstellung ist die Aufnahme der Nutzung durch die Anzeige nach Art. 78 Abs. 2 BayBO und Vorlage der vollständigen Unterlagen.

Sollte wegen zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht vorhersehbarer Ereignisse oder Umstände eine Fertigstellung innerhalb der genannten Fristen nicht möglich sein, kann der Vorhabenträger unter Darlegung von Gründen eine angemessene Fristverlängerung beantragen. Die Stadt verpflichtet sich, in diesem Fall über eine Fristverlängerung Verhandlungen zu führen.

Auf die begrenzte Geltungsdauer von erteilten Baugenehmigungen gemäß Art. 69 Bayerische Bauordnung wird hingewiesen.

Auf die von § 12 Abs. 6 Satz 1 BauGB vorgesehene Möglichkeit der Stadt, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzuheben, sofern der Vorhabenträger die Durchführungsfristen nach Ziffer 5 dieses Vertrages nicht einhält, wird hingewiesen.

Erfüllt der Vorhabenträger oder ein von ihm hinzugezogener Dritter seine Verpflichtungen nach diesem Vertrag nicht oder fehlerhaft und hat der Vorhabenträger dies zu vertreten, so ist die Stadt berechtigt, ihm schriftlich eine angemessene Frist zur Ausführung der Arbeiten zu setzen.

5.2 Möglichkeiten zur Fristverlängerung:

Im Falle eines Baustopps durch Nachbarrechtsbehelfe bzw. eine entsprechende gerichtliche Anordnung, verlängert sich die vereinbarte Durchführungsfrist (Ziffer 5.1. dieses Vertrages) entsprechend um den Zeitraum der Verzögerung.

Hat der Vorhabenträger den Baustopp zu vertreten, so ist die Stadt berechtigt, eine Fristverlängerung zu verweigern.